

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Mal. Bezugspreis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Bestellungen 1,50 RM. Inland. Ausland 2,00 RM. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. Wiederholungen 50% Rabatt. Abbestellung 14 Tage vorher. Redaktion: Wilsdruff, Dresden. Druck: Wilsdruff, Dresden.



Verantwortlicher: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostow sowie des Forstrentamts Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts.

Nr. 156 — 98. Jahrgang — Probandschrift: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 8. Juli 1939

Der Handel mit Holland

Reichswirtschaftsminister Funk reiste in Holland. Es war eine Reise zu einem guten Geschäftsfreunde Deutschlands und zu einem Volk tüchtiger Kaufleute, die hier Reichswirtschaftsminister Funk in Erweiterung des Verkehrs des holländischen Wirtschaftsministers Dr. Steenberghen machte. Es ergab sich bei diesem Besuch mancherlei Gelegenheit, das deutsch-holländische Handelsverhältnis zu besprechen, und da Holland zu den Ländern gehört, die sich ihre politische Ruhe und Ausgeglichenheit bewahrt haben und auch nicht gewillt sind, an bewährten Freundschaften durch Dritte rütteln zu lassen, so liegen bei der gegenseitigen Aufgeschlossenheit für die mancherlei Schwierigkeiten, denen beide Länder — sowohl Deutschland als auch Holland — in der verfahrenen Weltwirtschaftssituation heute begegnen, die sich daraus für den deutsch-niederländischen Handelsverkehr ergebenden Unannehmlichkeiten glätten. Ein Blick auf die wirtschaftliche Gesamtsituation, in der sich Holland heute befindet, zeigt, daß das auch für Holland keine unüberwindlichen Schwierigkeiten macht. Holland steht heute zwar vor einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen Problemen, deren Lösung manche harte Arbeit zu machen aufweist; Holland ist aber nicht etwa in Not. Alles andere eher als dieses! Holland ist ein reiches und fundiertes Land mit einem sehr wertvollen Kolonialbesitz und mit einem ausgezeichneten Handelsapparat. Hinzu kommt eine sehr intensiv betriebene und wertvolle Landwirtschaft, die etwa ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung bindet. Die Industrie ist dagegen bis heute weniger entwickelt und beschäftigt etwa nur 16-17 v. H. der Bevölkerung.

Die Schwierigkeiten, die sich für Holland heute ergeben, resultieren — um es auf einen Generalnenner zu bringen — aus der Wertung und Wertverwertung dieser Reichtümer. Die hauptsächlichste Schwierigkeit liegt wohl darin, daß Holland hinsichtlich der Preisbildung am Weltmarkt seinerseits nicht das Schwergewicht besitzt und auch wegen seines begrenzten Wirtschaftsterritoriums wohl nicht besitzen kann, um hier diktieren zu können. England und Amerika sind hier die härteren Schwergewichte und haben durch die Pfund- und Dollarwertverwertung auch die Holländer zwingen wollen, in ihrem Fahrwasser zu segeln, wogegen sich die Holländer aus vielen wichtigen Gründen immer wieder gesträubt haben und auch mit Erfolg sträuben. Das europäische Pfund und der europäische Dollar haben aber das holländische Preisniveau in einer ganz erheblichen Weise gedrückt, dem Handel und Industrie durch Abschaffung und Schumpfung erhebliche Verluste beigebracht und legen Unbehagen in der Arbeiterschaft in Holland erzeugen, die für dieses Land ziemlich beachtlich war und heute auch noch ist. Hinzu kommt der starke Preisverfall für Agrarerzeugnisse, der seinerseits wieder einen großen Teil der Landbevölkerung als Käufer am Markt ausfallen läßt und die Schwierigkeiten nicht gerade mindert.

Durch einen maßvollen Schutz der Landwirtschaft und durch ein umfangreiches Arbeitsprogramm zur Trockenlegung des Zister-Seees, wie jetzt die Zundersee heißt, versucht die Regierung dem Binnenmarkt die nötige Stütze zu geben. Andererseits muß aber auch dieser Binnenmarkt wieder die Basis für einen gesunden internationalen Handelsverkehr bilden, so daß das Problem der Gefechungskosten mit sehr großer Ueberlegenheit behandelt werden muß. Hinzu kommen die Maßnahmen für die Wertverwertung der kolonialen Produkte, für die angesichts der ruinösen Wirkung der nun seit Jahr und Tag von Engländern und Amerikanern inszenierten Kriegsspekulationen zeitweilig nur schwer ein Markt zu finden ist. Die Regierung versucht deshalb dem Ausfuhrhandel durch eine Ausweitung der staatlichen Exportversicherung zu helfen und bemüht sich durch Ausweitung der holländischen Industrie die Wertverwertung der wichtigsten eigenen kolonialen Erzeugnisse sicherzustellen. Der Holländer hat auf industriellem Gebiet bisher reiche Erfahrungen in der Ausfuhrindustrie, in der Lampenindustrie, der Rundstahlindustrie und in der Margarineindustrie sammeln können. Holland versucht es heute mit der Herstellung von Nähmaschinen und Geweben, Landmaschinen usw. Es legt sich auch einzelne Werke der Schwerindustrie zu. Das gerade die Weltlage auf industriellem Gebiet für Holland mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, liegt auf der Hand. Der Markt im Inland ist für die Produktion zu klein, um sie rentabel zu verwerten, und um am Weltmarkt in den großen Konkurrenzkampf einzutreten, dafür liegt für die Niederlande kaum Beunruhigung vor.

Es ist nun sehr erfreulich, daß angesichts dieser Gesamtsituation das Wirtschafts- und Handelsverhältnis zwischen Deutschland und den Niederlanden wert- und mengenmäßig einen unvermindert hohen Umfang besitzt, und daß die Schwierigkeiten, die es hin und wieder bei der Abwicklung eines so großen Wirtschaftsprogramms gibt, immer nur betriebl. sind, daß man bei gegenseitigem gutem Verständnis schnell Wiedererledigungsmöglichkeiten zu finden vermag. Deutschland steht nach wie vor an der Spitze der Handelspartner Hollands, und wir hoffen, daß diese Spitzenstellung auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Was heute eine gewisse Schwierigkeit bereitet, ist immer wieder die Abdeckung der Clearingspitze, die zugunsten Hollands besteht. Es müßte sich aber ermöglichen lassen, das Entstehen dieser Clearingspitze überhaupt zu vermeiden. Im wesentlichen ist dieser Ueberhang zum Nutzen Hollands daraus zurückzuführen, daß zur Zeit unsererseits ein zu großer Betrag für Dienstleistungen abgezogen werden muß, daß uns also das Ansehen der Kosten für den Dienstleistungsverkehr zur Zeit etwas zu stark belastet. Wenn dieses Konto auf den für den Gesamtverkehr ange-

Amtliche englische Vertretungen als Spionagezellen

Die Gründe für die Ausweisung des englischen Generalkonsuls in Wien — Haltlose Verdächtigungen Deutscher in England — Unerträglicher Mißbrauch der deutschen Gastfreundschaft durch Geheimagenten der britischen Spionageorganisationen

Wie in der Presse bereits gemeldet, sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, die englische Regierung aufzufordern, den englischen Generalkonsul in Wien, Ginner, zurückzuziehen. Der englische Generalkonsul in Wien ist in die Angelegenheiten eines Verfahrens wegen Spionage verwickelt worden. Er hat Deutschland bereits verlassen.

Hierzu schreibt der „Deutsche Dienst“:

Die englische Regierung ist seit einiger Zeit dazu übergegangen, aus einem gewissen Zustand krankhaften Mißtrauens und übertriebener Angst, vor allem aber in der Absicht, auf jedem Gebiet den Nachweis angeblicher deutscher Aggressionsabsichten zu führen und dadurch die internationale Atmosphäre weiter zu vergiften, anständigen und unbescholtene deutsche Männer aus England auszuweisen. Man hat sich dabei noch nicht einmal die Mühe genommen, die Maßnahmen zu begründen. Es genügt, daß diese Deutschen pflichtgemäß ihre Volksgenossen in England betreuen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, sie im Falle von Krankheit und Not unterstützen und sie in ihrem Deutschsein in fremder Umgebung stärken. In dem gleichen Maße aber bemühen sie sich, lokale Götter des Staates zu sein, in dem sie leben und arbeiten. Es genügt aber offenbar für eine Ausweisung aus England, ein überzeugter und treuer Anhänger des Führers und der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein. Diese englische Verdrängung hat zeitweilig bekanntlich zu einer wahren Spionageruch geführt. In jeder deutschen Hausangestellten sah man eine Gefahr für das demokratische System und für die Sicherheit des britischen Weltreichs.

Dahingegen mußte Deutschland in letzter Zeit feststellen, daß England mit allen Mitteln ein möglichst lückenloses Spionagenetz über ganz Deutschland zu spinnen versucht. Man ist dabei in den Mitteln nicht wählerisch. In das Personal amtlicher englischer Vertretungen, von Konsulaten und E-nerkonsulaten vor allem aber der Pöhlstellen hat man besonders geeignete und geschulte Angehörige der großen englischen Nachrichtendienstorganisation des Secret Service und des Intelligence Service kommandiert. Diese Durchsicherung des konsularischen Dienstes mit deutschsprachigen Spionen und Geheimagenten wird auf die Dauer unerträglich.

Schamlose englische Eingeständnisse

„Die neuen Kredite sind Kriegsvorbereitungen.“ Die Londoner Presse begrüßt den Beschluß der britischen Regierung, die Eintretensfront, die ausgegebenen noch auf recht schwachen Füßen steht, mit Hilfe von „Exportkreditgarantien“ für Kriegsmateriallieferungen zusammenzukitteln. Der rein politische Beweggrund, der die Regierung zu diesem Beschluß veranlaßt hat, wird in den Kommentaren der Londoner Blätter, mit Ausnahme der sehr vorsichtigen „Times“, in feiner Weise verschleiert.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ erklärt, daß voransichtlich Polen den größten Nutzen (?) aus diesem Plan ziehen werde: obwohl die Türkei und Rumänien bereits Kredite erhalten hätten, sei es nicht ausgeschlossen, daß auch diese beiden Länder weitere finanzielle Hilfe erhalten würden. Im Leitartikel des Blattes heißt es, die einzige Punkt, über den noch Zweifel bestehen könnten, sei die Frage, ob die Garantierückzahlung, auf lange Sicht gesehen, hoch genug angelegt worden sei. (1)

Der „Daily Telegraph“ verknüpft die Finanzaktion der britischen Regierung ganz offen mit der Tatsache, daß alle Anstrengungen, bei den englisch-sowjetischen Verhandlungen eine zufriedenstellende Formel zu finden, bisher gescheitert seien. Die britische Diplomatie sei aber inzwischen nicht faul geworden und habe „andere Mittel“ zur Verstärkung der „Friedensfront“ erdacht. Es erübrige sich, darauf hinzuweisen, daß die Anführung Polens, der Türkei, Rumäniens und Griechenlands für die Verteidigung Englands lebenswichtig sei. Je stärker ihr Widerstand gegen die Aggression sei, um so größer sei die moralische und materielle Stärke der „Friedensfront“.

„Daily Herald“ erklärt, die „Friedensfront“ müsse ihre gesamten wirtschaftlichen Kräfte zur Förderung ihrer Ziele mobilisieren. Die geplanten Kreditgarantien seien das wirtschaftliche Gegenstück zu den politischen und militärischen Abmachungen. „News Chronicle“ meint, wenn die „Friedensländer“ unverwundbar sein sollen, müßten Englands verbündete Waffen kaufen. Kredite für Englands verbündete seien ebenso notwendige Kriegsvorbereitungen (2) wie die Waffenproduktion und die Aufspaltung von Lebensmitteln. Im übrigen bedauert das Blatt, daß man China nicht bedacht habe.

Folgen der Kriegshebe

Lebensmittelknappheit und Teuerung in Polen — Silbergeld kaum noch zu haben

In Polen beginnt das Volk die verbrecherische, großverhaftungsmäßige Kriegshebe der Warschauer Regierung in immer härterer Weise zu fühlen. So hat sich in der letzten Zeit in Polen eine zunehmende Verknappung von Lebensmitteln bemerkbar gemacht. Die Rüstungen und die Mobilisierung größerer Truppenteile verschlingen ungeheure Geldmassen, und man kann es verstehen, daß diese auf die Dauer zu tragen die polnische Wirtschaft nicht fähig ist. Hinzu kommt, daß infolge der lähmlich gestützten Kriegserbitterung nach Straß und Faden gehandelt wird.

In der Lebensmittelknappheit ist besonders die Tatsache große Bedenken erregend, daß Zucker überhaupt nicht mehr zu haben ist. So ist es z. B. in Katowitz und allen großen Industrieorten Oberschlesiens seit zwei Tagen unmöglich, auch nur das kleinste Quantum Zucker zu erhalten. Weiterhin herrscht auf den polnischen Lebensmittelmärkten eine zunehmende Verknappung von Reis und anderen Körnerfrüchten, die in der Ernährung der überwiegend beschränkt landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Rolle spielen.

Diese Verknappung lebenswichtiger Nahrungsmittel wird nach und nach durch die Tatsache, daß die Preise für Getreide und für Fleisch und Wurstwaren mannschaftlich ansteigen.

Besonders bezeichnend für die kritische Lage in Polen ist die Tatsache, daß aus dem öffentlichen Verkehr das Silber-

geld so gut wie verschwunden ist. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß die ständige Kriegshebe der Polen die Bevölkerung veranlaßt, das Silbergeld zu horten, um einen gewissen bleibenden Wert im Hause zu haben für den von den Polen ständig angeforderten bevorstehenden Krieg. Der Mangel an Silbergeld macht es bereits sehr unmöglich, mit größeren Geldsummen Einkäufe zu tätigen, da niemand in der Lage ist, das zum Wechseln notwendige Silbergeld zu beschaffen.

Man darf gespannt sein, wie die polnische Presse, die fast täglich über „Hungersrevolten“ und „unterernährte Soldaten“ in Deutschland zu berichten weiß, ihren Lesern diese von ihnen täglich immer läßtbarer empfundene Verknappung und Verteuerung lebenswichtiger Nahrungsmittel beschreiben wird. Wer im Glashaus sitzt, soll eben nicht mit Steinen werfen.

Kriegsspiel leerte die Kassen

Der im englischen Unterhaus eingebrachte Gesetzentwurf zur Erweiterung der „Exportkredite“ wird in der polnischen Presse sehr stark beachtet, offenbar in der Erwartung, daß auch die Pfunde, um die man sich seit Wochen in London bemüht, nun bald nach Polen fließen, um die durch die noch immer andauernde Mobilisation stark geschwächten Kassen wieder aufzufüllen.

Die polnische Presse läßt sich ferner aus Paris melden, daß der dortige polnische Volkskammer-Lutschewicz mit Außenminister Bonnet eine weitere Besprechung über finanzielle Fragen gehabt hat.

Die Ausrunderhaltung der Mobilisierung in Polen und die damit verbundenen Unkosten veranlassen die polnische Regierung bereits zu den ersten Sparmaßnahmen. Der polnische Ministerrat beschloß, im laufenden Haushaltsplan 5 Millionen Losh einzusparen und diesen Betrag für die Bedürfnisse des Armeenutierrez zur Verfügung zu stellen.

Der syrische Staatspräsident zurückgetreten

Wie Havas aus Damaskus meldet, hat sich der Präsident der Syrischen Republik, Hachim Bey, nunmehr doch entschlossen, seinen Rücktritt zu erklären.